



DORIS BURES  
Bundesministerin  
für Verkehr, Innovation und Technologie

XXIV. GP.-NR  
9459 /AB

20. Dez. 2011

zu 9574 /J

GZ. BMVIT-10.000/0063-I/PR3/2011  
DVR:0000175

An die  
Präsidentin des Nationalrats  
Mag.<sup>a</sup> Barbara PRAMMER  
Parlament  
1017 Wien

Wien, am 14. Dezember 2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Doppler und weitere Abgeordnete haben am 20. Oktober 2011 unter der **Nr. 9574/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Anrechnung von Lehr- und Schulungszeiten bei der Gehaltsvorrückung bei ÖBB und Post gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- *Bei wie vielen ÖBB-Mitarbeitern würden sich bundesweit bei einer Umsetzung dieses EuGH-Urteils die Vorrückungstichtage ändern?*
- *Wie hoch wären demnach die Mehrkosten für die ÖBB in den kommenden Jahren?*
- *Wer trägt diese Mehrkosten?*
- *Hat dieses EuGH-Urteil auch Auswirkungen auf Vorrückungstichtage von Post-Mitarbeitern?*
- *Wenn ja, wie viele Post-Mitarbeiter wären betroffen?*
- *Wenn ja, wie hoch wären die Mehrkosten für die Österreichische Post AG in den kommenden Jahren?*
- *Wenn ja, wer trägt diese Kosten?*

Die angesprochene Thematik der Auswirkungen des EuGH-Urteils auf die ÖBB und die Österreichische Post AG betrifft Dienstrechtangelegenheiten. Dabei kommt der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie keine Zuständigkeit zu.

Ich darf Sie jedoch darüber informieren, dass betreffend ÖBB im Rahmen der Dienstrechts-Novelle 2011 eine gesetzliche Regelung erfolgt ist, die im Nationalrat am 7. Dezember 2011 beschlossen wurde.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Doris Bures'.